

AfD Kreisverband Gifhorn
Kommunalwahlprogramm 2026–2031
für den Landkreis Gifhorn

Herausgeber:

AfD Kreisverband Gifhorn
c/o Robert Preuß
Limbergstraße 10
38518 Gifhorn

E-Mail: kv-gifhorn@afd-niedersachsen.de
Internet: www.afd-gifhorn.de

Stand: Juli 2026

© 2026 AfD Kreisverband Gifhorn. Alle Rechte vorbehalten.

I. Präambel – Damit unsere Heimat Heimat bleibt

Der Landkreis Gifhorn ist unsere Heimat. Unsere Region steht für gewachsene Orte, lebendige Dorfgemeinschaften, engagiertes Ehrenamt, leistungsfähige Unternehmen, Landwirtschaft und Handwerk. Viele Menschen arbeiten täglich dafür, dass unsere Städte und Dörfer lebenswerte Orte bleiben – Orte, an denen man sich kennt, einander hilft und Verantwortung füreinander übernimmt.

Diese Stärke ist über Generationen entstanden: durch Fleiß, Verantwortungsbewusstsein, Unternehmergeist und den Zusammenhalt der Bürger. Vereine, Feuerwehren sowie Sport- und Traditionsgemeinschaften bilden das Fundament unseres gesellschaftlichen Lebens.

Doch genau dieses Fundament gerät zunehmend unter Druck. Die kommunalen Haushalte stehen vor großen Herausforderungen. Immer mehr Landes- und Bundesaufgaben werden auf die Kommunen übertragen, ohne dass die notwendige finanzielle Ausstattung folgt. Gleichzeitig steigen Sozialausgaben, Personal- und Verwaltungskosten kontinuierlich an. Für Investitionen in Straßen, Schulen, Sportstätten und Infrastruktur bleibt immer weniger Spielraum. Die Folgen sind sichtbar: Sanierungsstau, wachsende Belastungen für Städte und Gemeinden und eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit vor Ort.

Auch wirtschaftlich steht der Landkreis Gifhorn unter Druck. Die Krise der Automobilindustrie, insbesondere bei Volkswagen, wirkt sich direkt auf unsere Region aus. Viele Betriebe hängen an dieser Wertschöpfungskette. Steigende Kosten, zunehmende Bürokratie und unsichere Rahmenbedingungen setzen Unternehmen zusätzlich unter Druck. Wenn hier Arbeitsplätze verloren gehen, betrifft das die gesamte Region – wirtschaftlich, gesellschaftlich und finanziell.

Viele Bürger stellen sich deshalb zu Recht die Frage, warum für zentrale Aufgaben wie Infrastruktur, Bildung und Sicherheit immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wächst der Eindruck, dass politische Entscheidungen oft nicht nachvollziehbar sind und wichtige Themen nicht offen diskutiert werden. Vertrauen entsteht jedoch nur dort, wo Politik transparent handelt, Probleme klar benennt und Verantwortung übernimmt.

Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen, die viele Menschen im Landkreis Gifhorn zunehmend verunsichern. In Teilen unserer Städte und Gemeinden nimmt das Sicherheitsgefühl spürbar ab, öffentliche Räume werden gemieden und der gesellschaftliche Zusammenhalt gerät unter Druck. Diese Entwicklung steht nicht isoliert, sondern ist Ausdruck politischer Fehlentwicklungen und fehlender Prioritätensetzung.

Gerade deshalb ist es entscheidend, die Grundlagen unseres Zusammenlebens wieder klar zu benennen und zu stärken: die deutsche Sprache als verbindende Basis, die konsequente Geltung unserer Gesetze und gemeinsame Regeln, die für alle gleichermaßen gelten. Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und gegenseitiger Respekt sind keine abstrakten Werte, sondern die Voraussetzung dafür, dass unser Gemeinwesen im Alltag funktioniert.

Dieses Fundament ist noch vorhanden – aber es wird schwächer, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird. Genau hier setzen wir an: mit klaren Prioritäten statt Beliebigkeit. Solide Finanzen, wirtschaftliche Stärke, Sicherheit im öffentlichen Raum, funktionierende

Infrastruktur und eine starke Gemeinschaft sind keine Einzelthemen, sondern die Voraussetzung dafür, dass unsere Heimat auch in Zukunft Heimat bleibt.

Öffentliche Mittel müssen deshalb konsequent dort eingesetzt werden, wo sie den Menschen vor Ort unmittelbar zugutekommen – für Sicherheit, Zusammenhalt und eine stabile Zukunft in unserer Region.

Unser Ziel ist ein Landkreis Gifhorn, der wirtschaftlich stabil bleibt, Familien Perspektiven bietet, seine Infrastruktur erhält, Sicherheit gewährleistet und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Ein Landkreis, in dem Menschen gerne leben, Kinder sicher aufwachsen und Bürger sich mit Überzeugung zu ihrer Heimat bekennen.

Denn nur wenn wir heute richtig handeln, bleibt auch morgen, was uns wichtig ist: unsere Heimat.

II. Solide Finanzen – Grundlage jeder Handlungsfähigkeit

Verantwortung im Umgang mit Steuergeld

Öffentliche Haushalte sind kein Selbstbedienungsladen. Jeder Euro stammt aus der Arbeit der Bürger – aus Steuern, Unternehmertum und wirtschaftlicher Leistung. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der Politik, mit diesen Mitteln sorgsam, transparent und nachvollziehbar umzugehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Haushalte im Landkreis Gifhorn nach klaren und verbindlichen Grundsätzen geführt werden. Investitionen in Schulen, Kitas, soziale Aufgaben, Sicherheit, Infrastruktur und Katastrophenschutz müssen an erster Stelle stehen.

Erhalt vor Neubau und klare Kostenplanung

Gleichzeitig gilt der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“. Bevor neue Projekte begonnen werden, müssen bestehende Gebäude, Straßen und Einrichtungen instandgesetzt werden. Große Projekte dürfen nur dann beschlossen werden, wenn ihre Kosten vollständig und realistisch kalkuliert sind. Dazu gehören ausdrücklich auch die Folgekosten für Personal, Energie, Betrieb und Instandhaltung.

Darüber hinaus ist eine konsequente Kostenkontrolle sicherzustellen. Bei Bau- und Infrastrukturprojekten müssen klare Meilensteine, regelmäßige Zwischenberichte und eindeutige Verantwortlichkeiten festgelegt werden, damit Kostenentwicklungen frühzeitig erkannt und gesteuert werden können.

Transparenz bei großen Projekten

Gerade bei größeren Vorhaben erwarten die Bürger zu Recht vollständige Transparenz. Einrichtungen wie der Tankumsee, das Internationale Mühlenmuseum oder andere touristische Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität unserer Region und können Impulse für Freizeit, Tourismus und regionale Identität geben.

Doch auch hier gilt: Öffentliche Projekte müssen wirtschaftlich verantwortbar geplant und offen diskutiert werden. Kostenentwicklungen, Zuschüsse und langfristige Belastungen müssen für Bürger und Mandatsträger jederzeit nachvollziehbar sein.

Wir stehen deshalb für eine Kommunalpolitik, die notwendige Investitionen ermöglicht, dabei aber konsequent auf Kostenkontrolle, Transparenz und faire Entscheidungsprozesse achtet. Hinterzimmerpolitik und intransparente Entscheidungen haben in der Kommunalpolitik keinen Platz.

Effiziente Verwaltung und klare Strukturen

Kommunale Handlungsfähigkeit ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für Vertrauen in Politik und Verwaltung sowie für eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden.

Ein zentraler Baustein ist eine effizient aufgestellte Verwaltung. Kommunale Aufgaben müssen wirtschaftlich und zielgerichtet erfüllt werden. Schattenhaushalte oder hoch dotierte

Versorgungsposten sind nicht länger zu akzeptieren. Wir befürworten daher eine regelmäßige Überprüfung der Verwaltungsstrukturen durch neutrale Instanzen. Wo es sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist, sollen Aufgaben durch risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen effizienter organisiert werden.

2. Kreisumlage fair gestalten – Kommunen handlungsfähig halten

Belastung der Kommunen begrenzen

Der Landkreis darf eigene Haushaltsprobleme nicht über steigende Umlagen auf die Städte und Gemeinden abwälzen. Die Kreisumlage gehört zu den größten finanziellen Belastungen für die kreisangehörigen Kommunen und schränkt deren Handlungsspielräume erheblich ein.

Natürlich muss der Landkreis seine Aufgaben erfüllen können. Gleichzeitig brauchen Städte und Gemeinden ausreichend finanzielle Mittel, um ihre eigenen Aufgaben wahrzunehmen. Fehlt dieser Spielraum, wird das unmittelbar sichtbar: Straßen werden nicht saniert, Schulen und Sportstätten können nicht modernisiert werden und notwendige Investitionen bleiben aus.

Subsidiarität stärken und Planungssicherheit schaffen

Für uns gilt deshalb das Subsidiaritätsprinzip. Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten müssen so weit wie möglich bei den Städten und Gemeinden liegen. Starke Kommunen sind die Grundlage einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung.

Wir setzen uns dafür ein, die Kreisumlage zu begrenzen und die finanzielle Belastung der Kommunen zu reduzieren. Automatische Mittelerhöhungen lehnen wir ab. Vor jeder Erhöhung müssen zunächst Einsparpotenziale im Kreishaushalt geprüft und klare Prioritäten gesetzt werden.

Darüber hinaus ist eine transparente Umlagepolitik erforderlich, die frühzeitig mit den Städten und Gemeinden abgestimmt wird, um Planungssicherheit zu schaffen. Ebenso erwarten wir, dass die Kreisverwaltung effizient arbeitet, bevor zusätzliche Belastungen auf die Kommunen übertragen werden.

Unser Ziel ist ein Landkreis, der seine Aufgaben verantwortungsvoll erfüllt, ohne die Städte und Gemeinden finanziell auszubluten. Denn starke Kommunen bedeuten lebendige Städte, funktionierende Gemeinden und eine tragfähige kommunale Selbstverwaltung.

3. Verwaltung auf das Wesentliche konzentrieren – keine ideologisch motivierte Stellenmehrung

Klare Prioritäten statt Verwaltungswachstum

In Zeiten knapper Haushaltsmittel darf die Verwaltung nicht weiter für Projekte aufgebläht werden, die keinen konkreten Nutzen für die Bürger bringen. Neue Personalstellen müssen

sich an einem klaren Mehrwert für die Bevölkerung orientieren – nicht an politischen Modetrends.

Ein Beispiel für eine solche Fehlentwicklung ist das sogenannte „Hitzetelefon“ des Landkreises Gifhorn. Trotz einer Bevölkerung von über 177.000 Einwohnern wurde dieses Angebot im Jahr 2025 lediglich von 14 Personen genutzt. Solche Projekte verdeutlichen, wie Verwaltungsstrukturen wachsen können, ohne einen spürbaren Nutzen für die Bürger zu entfalten.

Unser Grundsatz ist eindeutig: Was den Alltag der Menschen nicht verbessert, hat keine Priorität.

Verwaltung verschlanken und Strukturen überprüfen

Die Verwaltung des Landkreises Gifhorn muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und effizient arbeiten. Es darf nicht zur Normalität werden, dass Personal und Strukturen immer weiter wachsen, ohne spürbaren Nutzen für die Bürger. In Zeiten knapper Haushaltsmittel ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen notwendig.

Wir setzen uns dafür ein, dass es keine ideologisch motivierte Stellenmehrung gibt und bestehende Strukturen kritisch überprüft werden. Ziel ist eine schlanke und leistungsfähige Verwaltung.

Dazu gehört auch, Aufgaben neu zu bewerten: Gleichstellungsstellen sollen auf das gesetzlich erforderliche Maß begrenzt, die Stabsstelle Integration aufgelöst und die Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben“ abgeschafft werden. Stattdessen wollen wir direkte Bürgerbeteiligung stärken.

Ein zentraler Punkt ist der konsequente Bürokratieabbau. Bestehende Satzungen und Verordnungen müssen regelmäßig überprüft, vereinfacht oder abgeschafft werden. Die Verwaltungen sollen verpflichtet werden, fortlaufend konkrete Vorschläge zum Abbau unnötiger Regelungen vorzulegen.

Unser Ziel ist eine effiziente, bürgernahe Verwaltung, die schneller entscheidet und Bürger sowie Unternehmen spürbar entlastet.

Demokratie stärken statt Ideologieprojekte finanzieren

Demokratie lebt nicht von staatlich finanzierten Projektstellen, sondern von der aktiven Beteiligung der Bürger – etwa durch Bürgerumfragen und direkte Mitbestimmung bei wichtigen kommunalen Entscheidungen.

Zudem fordern wir Einsparungen bei ideologisch geprägten Vorhaben wie Gender-Mainstreaming oder Diversity-Management. Gleichzeitig müssen klare Regeln für die politische Neutralität geförderter Projekte gelten. Vereine und Organisationen, die öffentliche Mittel erhalten, dürfen nicht parteipolitisch agieren oder gegen demokratische Parteien arbeiten.

Unser Ziel

Unser Ziel ist eine schlanke, effiziente und leistungsfähige Verwaltung, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert und die Mittel der Bürger verantwortungsvoll einsetzt – für Sicherheit, Infrastruktur und eine funktionierende Daseinsvorsorge statt für Symbolpolitik.

III. Transparenz und Bürgernähe – Politik muss nachvollziehbar sein

Vertrauen durch nachvollziehbare Entscheidungen stärken

Viele Bürger im Landkreis Gifhorn empfinden kommunale Politik als undurchsichtig. Entscheidungen wirken häufig vorbereitet, ohne dass nachvollziehbar ist, wie sie zustande kommen oder welche Positionen einzelne Mandatsträger vertreten haben. Dadurch entsteht schnell der Eindruck, dass Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird.

Auch konkrete Vorgänge im Landkreis – etwa im Zusammenhang mit Entscheidungen und Vergaben rund um das Internationale Mühlenmuseum in Gifhorn – haben gezeigt, wie schnell Zweifel entstehen, wenn Transparenz fehlt oder Abläufe nicht klar nachvollziehbar sind.

Gerade deshalb braucht es klare, nachvollziehbare und für Bürger jederzeit einsehbare Verfahren. Vertrauen in Politik entsteht nur dort, wo Entscheidungen offen getroffen, verständlich kommuniziert und nicht hinter verschlossenen Türen vorbereitet werden.

Unser Grundsatz ist deshalb eindeutig: **Was die Öffentlichkeit betrifft, muss auch öffentlich beraten werden.** Sitzungen der politischen Gremien sollen grundsätzlich öffentlich stattfinden. Nicht-öffentliche Beratungen dürfen nur dort erfolgen, wo es rechtlich zwingend erforderlich ist, etwa bei personenbezogenen oder vertraulichen Angelegenheiten.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, Transparenz zum Grundprinzip kommunaler Politik im Landkreis Gifhorn zu machen und Entscheidungsprozesse konsequent offen und nachvollziehbar zu gestalten.

Informationszugang für Bürger verbessern

Bürger müssen die Möglichkeit haben, politische Entscheidungen und Verwaltungsprozesse nachvollziehen zu können.

Wir wollen daher im Landkreis Gifhorn eine Informationsfreiheitssatzung einführen, die den Zugang zu Dokumenten, Gutachten, Verträgen und Entscheidungsgrundlagen der Verwaltung deutlich erleichtert. Ziel ist es, Informationen grundsätzlich zugänglich zu machen und nicht erst auf Nachfrage bereitzustellen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Vorlagen und Beschlussunterlagen frühzeitig veröffentlicht werden. Wichtige Entscheidungen sollen zusätzlich in verständlicher Form aufbereitet werden, damit auch Bürger ohne fachliche Vorkenntnisse nachvollziehen können, worum es konkret geht.

Gutachten, Studien und Verträge sollen – soweit rechtlich möglich – offengelegt werden.

Politische Sitzungen öffentlich zugänglich machen

Politische Entscheidungen müssen für alle Bürger zugänglich sein – auch für diejenigen, die nicht persönlich an Sitzungen teilnehmen können.

Wir setzen uns daher für Livestreams von Sitzungen des Kreistages sowie der Stadträte ein, insbesondere bei wichtigen Beratungen und Entscheidungen. Ziel ist es, zentrale politische Prozesse für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar zu machen.

Ergänzend sollen Aufzeichnungen wichtiger Sitzungen für einen begrenzten Zeitraum online zur Verfügung gestellt werden, damit Entscheidungen auch im Nachhinein nachvollzogen werden können.

Ziel ist eine sinnvolle Balance aus Transparenz und praktikabler Umsetzung im kommunalen Alltag.

Bürgerbeteiligung verbindlich stärken

Demokratie lebt nicht allein von Wahlen, sondern von kontinuierlicher Beteiligung der Bürger.

Wir wollen die Bürgerbeteiligung im Landkreis Gifhorn deutlich ausbauen und verbindlicher gestalten. Dazu gehören insbesondere verpflichtende Einwohnerfragestunden in öffentlichen Sitzungen, damit Bürger ihre Fragen direkt an Politik und Verwaltung richten können.

Darüber hinaus setzen wir uns für regelmäßige Bürgersprechstunden sowie Bürgerforen in Städten, Gemeinden und Ortsteilen ein. Gerade bei konkreten Projekten – etwa bei Bauvorhaben, Infrastrukturmaßnahmen oder Standortentscheidungen – müssen die Menschen vor Ort frühzeitig einbezogen werden.

Ergänzend wollen wir digitale Beteiligungsformate ausbauen. Online-Umfragen und Beteiligungsplattformen können dazu beitragen, mehr Bürger zu erreichen und Meinungen frühzeitig einzuholen. Sie sollen jedoch die persönliche Beteiligung vor Ort ergänzen – nicht ersetzen.

Ziel ist es, Bürger nicht erst zu informieren, wenn Entscheidungen gefallen sind, sondern sie frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Verwaltung modern und bürgernah gestalten

Eine moderne Verwaltung ist eine wichtige Voraussetzung für Transparenz und Bürgernähe.

Wir setzen uns im Landkreis Gifhorn dafür ein, dass mehr Verwaltungsleistungen digital angeboten werden, damit Bürger Anträge und Anliegen unkompliziert online erledigen können. Gleichzeitig müssen Bearbeitungszeiten transparenter werden, damit Bürger wissen, wann mit Entscheidungen zu rechnen ist.

Der sinnvolle Einsatz moderner Technologien und digitaler Verfahren kann dazu beitragen, Abläufe zu beschleunigen, Wartezeiten zu verkürzen und Bürokratie abzubauen.

Künstliche Intelligenz gezielt einsetzen

Wir setzen uns dafür ein, dass im Landkreis Gifhorn KI-Technologien dort eingesetzt werden, wo sie einen konkreten Nutzen bringen.

Dazu gehören insbesondere:

- Unterstützung bei der Bearbeitung von Anträgen und Schriftverkehr
- automatische Vorstrukturierung von Dokumenten und Vorgängen
- digitale Assistenzsysteme für Verwaltungsmitarbeiter
- Chatbots zur Beantwortung häufiger Bürgeranfragen

Ziel ist es, Routineaufgaben zu automatisieren und Mitarbeiter zu entlasten, damit mehr Zeit für komplexe und bürgernahe Aufgaben bleibt.

Vergaben transparent und nachvollziehbar gestalten

Gerade bei der Vergabe öffentlicher Mittel und kommunaler Flächen ist Transparenz besonders wichtig.

Wir setzen uns dafür ein, dass Vergabekriterien – insbesondere bei der Vergabe von Baugrundstücken – klar definiert, öffentlich einsehbar und nachvollziehbar gestaltet werden. Dabei sollen auch familienfreundliche Kriterien stärker berücksichtigt werden.

Ziel ist es, Entscheidungen transparent, überprüfbar und frei von willkürlichen Einflüssen zu gestalten.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass bei Vergaben – im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten – **regionale und ortsansässige Unternehmen stärker berücksichtigt werden**. Öffentliche Aufträge sollen dazu beitragen, die lokale Wirtschaft im Landkreis Gifhorn zu stärken und regionale Wertschöpfung zu sichern.

Unser Ziel

Unser Ziel ist eine offene, transparente und bürgernahe Kommunalpolitik im Landkreis Gifhorn.

Eine Politik,

- bei der Entscheidungen nachvollziehbar sind,
- bei der Informationen frei zugänglich gemacht werden,
- und bei der Bürger frühzeitig in wichtige Entwicklungen einbezogen werden.

Denn Demokratie lebt davon, dass Bürger nicht nur alle paar Jahre wählen, sondern kontinuierlich beteiligt werden.

IV. Sicherheit, Ordnung und Katastrophenschutz – Grundlage für Lebensqualität

Sicherheit im Alltag gewährleisten

Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit im Alltag. Wer sich im öffentlichen Raum unsicher fühlt, verliert Vertrauen in Staat und Kommunen. Auch im Landkreis Gifhorn erwarten die Bürger zu Recht, dass öffentliche Plätze, Innenstädte, Schulwege und Veranstaltungen sicher sind.

Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, dass sich das Sicherheitsempfinden vieler Menschen verändert. Die zunehmende Messerkriminalität sowie eine steigende Aggressivität im öffentlichen Nahverkehr – etwa gegenüber Fahrpersonal und Fahrgästen – verdeutlichen, dass Sicherheit kein abstraktes Thema ist, sondern konkret im Alltag der Menschen spürbar wird. Einzelne Vorfälle, etwa Bedrohungssituationen in Zügen, unterstreichen diese Entwicklung.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Sicherheitslage im Landkreis Gifhorn regelmäßig transparent darzustellen und auf Grundlage aktueller Entwicklungen konkrete Maßnahmen zu ergreifen – statt Probleme kleinzureden oder zu relativieren.

Sicherheit ist dabei nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern auch eine zentrale Aufgabe der Kommunen. Der Landkreis sowie die Städte und Gemeinden müssen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aktiv dazu beitragen, Ordnung und Sicherheit sichtbar und verlässlich zu gewährleisten.

Dazu gehören insbesondere der Brandschutz durch leistungsfähige Feuerwehren sowie ein funktionierender Katastrophenschutz. Diese Bereiche zählen zu den wichtigsten kommunalen Aufgaben überhaupt. Sie gewährleisten, dass im Ernstfall schnell, koordiniert und wirksam geholfen werden kann – sei es bei Bränden, Unfällen, Unwettern oder anderen Krisensituationen.

Eine verlässliche Sicherheitsstruktur vor Ort ist die Grundlage für Vertrauen, Lebensqualität und eine funktionierende Gemeinschaft im Landkreis Gifhorn.

Kommunale Ordnungsdienste stärken und sichtbar machen

Ein entscheidender Baustein für mehr Sicherheit ist eine stärkere Präsenz kommunaler Ordnungskräfte im öffentlichen Raum.

Wir setzen uns im gesamten Landkreis Gifhorn dafür ein, die kommunalen Ordnungsdienste personell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben wirksam erfüllen können. Dazu gehört insbesondere eine sichtbare Präsenz in Bereichen, in denen sich Probleme häufen, etwa in Innenstädten, an Bahnhöfen, auf öffentlichen Plätzen oder bei Veranstaltungen.

Gleichzeitig ist eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Ordnungsdiensten und der Landespolizei erforderlich. Der regelmäßige Austausch von Informationen sowie abgestimmte

Maßnahmen sind notwendig, um Sicherheitsprobleme frühzeitig zu erkennen und wirksam zu bekämpfen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Vandalismus, Vermüllung und Ordnungsstörungen konsequent zu ahnden. Öffentliche Räume müssen gepflegt und sicher bleiben. Ergänzend wollen wir die Beleuchtung an öffentlichen Wegen, Plätzen und Unterführungen verbessern, um Angsträume gezielt zu reduzieren.

Gezielte Maßnahmen an kriminalitätsbelasteten Orten

An Orten mit erhöhter Kriminalitätsbelastung müssen Kommunen konsequent handeln können.

Wir befürworten daher, dass Waffenverbotszonen sowie Videoüberwachung dort eingerichtet werden, wo ein konkretes und nachweisbares Erfordernis besteht. Dies betrifft insbesondere Bereiche mit wiederkehrenden Vorfällen oder besonderen Sicherheitsproblemen.

Dabei gilt jedoch klar: Überwachung darf kein Selbstzweck sein und muss verhältnismäßig bleiben. Ziel ist es, Sicherheit zu erhöhen, ohne die Rechte der Bürger unnötig einzuschränken.

Sicherheit von Veranstaltungen gewährleisten

Traditionelle Feste, Schützenfeste und Veranstaltungen sind ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens im Landkreis Gifhorn. Sie dürfen nicht durch überzogene Sicherheitsauflagen oder steigende Kosten gefährdet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Sicherheitskonzepte praktikabel und bezahlbar bleiben. In Abstimmung mit den zuständigen Polizeibehörden sollen notwendige Maßnahmen wie Zugangsbeschränkungen oder Sicherheitskontrollen sinnvoll umgesetzt werden, ohne Veranstalter unverhältnismäßig zu belasten.

Ziel ist es, die Durchführung von Veranstaltungen weiterhin zu ermöglichen und gleichzeitig ein angemessenes Sicherheitsniveau zu gewährleisten.

Regeln konsequent durchsetzen – klare Linie im Landkreis Gifhorn

Für ein funktionierendes Zusammenleben ist es entscheidend, dass Regeln gelten – und dass sie auch konsequent durchgesetzt werden.

Wir stehen im Landkreis Gifhorn für eine klare Linie: Kommunale Satzungen müssen verbindlich angewendet werden. Verstöße dürfen nicht folgenlos bleiben. Wer Regeln missachtet, muss mit spürbaren Konsequenzen rechnen.

Der Schutz öffentlicher Einrichtungen hat dabei höchste Priorität. Vandalismus, Vermüllung und Beschädigungen sind keine Bagatelldelikte, sondern greifen direkt die Lebensqualität aller Bürger an. Solche Vorfälle werden konsequent angezeigt, verfolgt und – wo rechtlich möglich – auch öffentlich gemacht, um abschreckende Wirkung zu erzielen.

Auch respektloses oder aggressives Verhalten gegenüber Mitarbeitern der Verwaltung, Einsatzkräften oder anderen Bürgern wird nicht toleriert. In solchen Fällen müssen klare Maßnahmen greifen – bis hin zu konsequent ausgesprochenen Hausverboten in öffentlichen Einrichtungen.

Wir setzen dabei bewusst auf eine Kombination aus Prävention und klaren Konsequenzen. Prävention allein reicht nicht aus, wenn Regelverstöße folgenlos bleiben. Ebenso wenig darf konsequentes Handeln durch eine Politik des Wegsehens ersetzt werden.

Unser Ansatz ist eindeutig: Probleme benennen, Regeln durchsetzen und Verantwortung einfordern. Nur so kann langfristig ein respektvoller, sicherer und geordneter öffentlicher Raum im Landkreis Gifhorn gewährleistet werden.

Feuerwehr und Rettungsdienst stärken

Ein verlässlicher Schutz im Notfall ist unverzichtbar. Gerade in einem Flächenlandkreis wie Gifhorn sind leistungsfähige Feuerwehren und Rettungsdienste von zentraler Bedeutung.

Wir setzen uns dafür ein, die Feuerwehren im Landkreis Gifhorn mit moderner und funktionierender Ausstattung auszustatten. Dazu gehört insbesondere die konsequente Umsetzung der Feuerwehrbedarfspläne, damit notwendige Fahrzeuge und Ausrüstung nicht über Jahre hinweg verzögert werden. Einsatzfähigkeit darf nicht von politischen Prioritäten abhängen.

Feuerwehrhäuser müssen bedarfsgerecht erhalten, saniert oder neu gebaut werden, wo dies notwendig ist. Veraltete oder unzureichende Standorte dürfen nicht zum Dauerzustand werden.

Zudem ist eine zuverlässige Alarmierung sicherzustellen. Dazu gehören funktionierende Sirensysteme, moderne digitale Alarmierung sowie stabile und sichere Kommunikationswege zwischen den Einsatzkräften. Gerade in Krisensituationen muss die Alarmierung flächendeckend und unabhängig von einzelnen Systemen funktionieren.

Ebenso ist eine ausreichende personelle Ausstattung im Rettungsdienst sicherzustellen, damit Hilfsfristen eingehalten werden können und schnelle Hilfe im gesamten Landkreis gewährleistet ist.

Ehrenamt im Bevölkerungsschutz fördern

Die Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Landkreis Gifhorn leben vom Engagement ehrenamtlicher Bürger. Dieses Engagement ist keine Selbstverständlichkeit – es verdient Anerkennung, Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz gezielt zu stärken. Dazu gehören verbesserte Aufwandsentschädigungen sowie konkrete Vorteile im Alltag. Ehrenamtliche Einsatzkräfte sollen beispielsweise kostenfreien oder vergünstigten Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Museen oder Freizeiteinrichtungen erhalten.

Darüber hinaus wollen wir die Nachwuchsgewinnung gezielt fördern – etwa durch stärkere Unterstützung der Jugendfeuerwehren, bessere Ausstattung und enge Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen im Landkreis.

Auch Arbeitgeber, die ihre Mitarbeiter für Einsätze freistellen, verdienen Unterstützung und Anerkennung. Hier setzen wir uns für praktikable Lösungen ein, die das Ehrenamt mit dem Berufsleben besser vereinbar machen.

Unser Ziel ist klar: Wer Verantwortung für die Gemeinschaft übernimmt, muss spürbar unterstützt und wertgeschätzt werden.

Katastrophenschutz modern aufstellen

Die Anforderungen an den Katastrophenschutz haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Extremwetterlagen, großflächige Stromausfälle oder andere Krisensituationen erfordern eine bessere Vorbereitung.

Wir setzen uns im Landkreis Gifhorn für eine moderne und leistungsfähige Struktur im Katastrophenschutz ein. Dazu gehört eine bessere Einsatzplanung, regelmäßige Übungen sowie eine enge Abstimmung zwischen Landkreis, Kommunen und Hilfsorganisationen.

Bevölkerungsschutz und Schutzräume neu bewerten

Der Schutz der Bevölkerung in Krisensituationen muss wieder stärker in den Fokus rücken. Im Landkreis Gifhorn stehen derzeit keine öffentlichen Schutzräume zur Verfügung – ein Zustand, der den heutigen sicherheitspolitischen Anforderungen nicht mehr gerecht wird.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, den Bevölkerungsschutz im Landkreis Gifhorn neu zu bewerten und gezielt auszubauen. Dazu gehört zunächst eine systematische Erfassung geeigneter Gebäude, die im Ernstfall als Schutzräume dienen können, etwa öffentliche Einrichtungen, größere Gebäude oder vorhandene Infrastrukturen. Auf dieser Grundlage soll ein kreisweites Konzept entwickelt werden, das konkrete Maßnahmen, Zuständigkeiten und Prioritäten festlegt. Ziel ist ein schrittweiser Aufbau von Schutzmöglichkeiten, insbesondere in größeren Orten und sensiblen Bereichen.

Auch die Warninfrastruktur muss weiter gestärkt werden. Sirenen sind ein unverzichtbares Mittel, um die Bevölkerung im Notfall schnell zu erreichen – gerade dann, wenn digitale Systeme ausfallen. Deshalb setzen wir uns für einen flächendeckenden Ausbau des Sirennetzes im Landkreis Gifhorn ein, insbesondere in Neubaugebieten und bislang unterversorgten Bereichen. Gleichzeitig ist eine bessere Abstimmung zwischen Landkreis und Kommunen bei Planung und Umsetzung erforderlich.

Unser Ziel ist ein verlässlicher Bevölkerungsschutz im Landkreis Gifhorn, der die Menschen im Ernstfall wirksam schützt.

Unser Ziel

Unser Ziel ist ein Landkreis Gifhorn, in dem Sicherheit und Ordnung im Alltag selbstverständlich sind.

Ein Landkreis,

- in dem sich Menschen frei und sicher bewegen können,
- in dem Regeln gelten und durchgesetzt werden,
- und in dem Einsatzkräfte die Unterstützung erhalten, die sie verdienen.

Sicherheit ist die Grundlage für Lebensqualität und Vertrauen in den Staat.

VI. Asyl und Migration – Migrationswende im Landkreis Gifhorn

Kommunen an der Belastungsgrenze

Die Kommunen tragen die Hauptlast der Migrationspolitik. Unterbringung, Integration und soziale Leistungen werden im Landkreis Gifhorn vor Ort organisiert und finanziert. Gleichzeitig zeigt sich ein strukturelles Problem: Bestehende Regeln werden nicht konsequent umgesetzt.

Im Landkreis Gifhorn lebt eine erhebliche Zahl geduldeter Personen, darunter hunderte Menschen, die eigentlich vollziehbar ausreisepflichtig sind. Viele Abschiebungen scheitern derzeit an fehlenden Reisedokumenten, ungeklärten Identitäten oder an der mangelnden Kooperation der Herkunftsstaaten.

Hinzu kommt, dass Rückführungen häufig nicht konsequent priorisiert werden. Verfahren dauern zu lange und bestehende Ausreisepflichten werden oft über Jahre hinweg nicht umgesetzt. Gleichzeitig nehmen auch Personen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht freiwillige Integrations- und Unterstützungsleistungen des Landkreises in Anspruch.

Diese Entwicklung bindet erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen – Mittel, die an anderer Stelle im Landkreis Gifhorn fehlen.

Klare Linie: Recht umsetzen und Zuwanderung begrenzen

Wir werden uns entschlossen dafür einsetzen, dass weitere irreguläre Zuwanderung in den Landkreis Gifhorn bestenfalls beendet wird und geltendes Recht konsequent umgesetzt wird.

Unser Ziel ist es, den Landkreis Gifhorn zu einer Vorbildkommune für eine konsequente Rechtsdurchsetzung in der Asyl- und Migrationspolitik zu machen.

Konkrete Maßnahmen im Landkreis Gifhorn

Um eine konsequente Rechtsdurchsetzung in der Asyl- und Migrationspolitik zu gewährleisten, setzen wir im Landkreis Gifhorn auf klare, verbindliche und umsetzbare Maßnahmen.

Die Ausländerbehörde muss personell und organisatorisch so aufgestellt werden, dass Verfahren zügig abgeschlossen und bestehende Ausreisepflichten konsequent durchgesetzt werden. Ziel muss es sein, dass vollziehbar ausreisepflichtige Personen den Landkreis zeitnah verlassen. Dazu gehört auch eine klare Priorisierung von Rückführungen innerhalb der Verwaltung.

Wir setzen uns für eine deutliche Ausweitung und konsequente Nutzung bestehender Rückführungsinstrumente ein. Freiwillige Rückkehrprogramme sind gezielt zu stärken und aktiv zu bewerben, gleichzeitig müssen Abschiebungen konsequent vollzogen werden, wenn kein Bleiberecht besteht.

Eine weitere Ausweitung von Aufnahmekapazitäten lehnen wir ab. Neue Erstaufnahmeeinrichtungen oder zusätzliche dauerhafte Unterbringungsstrukturen im

Landkreis Gifhorn kommen für uns nicht in Betracht. Der Landkreis darf nicht weiter über seine Belastungsgrenzen hinaus beansprucht werden.

Ausreisepflichtige Personen sollen grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Eine dauerhafte Unterbringung in regulärem Wohnraum lehnen wir ab, um den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt nicht zusätzlich zu belasten.

Leistungen sind konsequent am Aufenthaltsstatus auszurichten. Soweit rechtlich möglich, sollen Sachleistungen Vorrang vor Geldleistungen haben. Alle freiwilligen Integrations- und Unterstützungsleistungen des Landkreises für Personen ohne Bleiberecht sind zu überprüfen und einzustellen.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen keine politischen Sonderwege in der Migrationspolitik verfolgen. Initiativen wie die „Seebrücke“ zielen darauf ab, zusätzliche Aufnahmeprogramme politisch durchzusetzen, die über geltendes Recht hinausgehen. Die Stadt Gifhorn ist hierzu bereits eine Partnerschaft eingegangen – für uns ein mahndendes Beispiel dafür, wie kommunale Politik in Bereiche vorstößt, die nicht in ihre Zuständigkeit gehören.

Wir werden solche Partnerschaften konsequent beenden. Städte und Gemeinden im Landkreis Gifhorn dürfen keine zusätzlichen Aufnahmeverpflichtungen eingehen, die über gesetzliche Vorgaben hinausgehen oder die kommunalen Strukturen weiter belasten. Maßstab kommunalen Handelns muss die konsequente Umsetzung geltenden Rechts sein – nicht politische Symbolpolitik.

Bei der Einrichtung von Unterkünften ist die Bevölkerung frühzeitig einzubeziehen. Bürgerbefragungen und transparente Verfahren sollen sicherstellen, dass Entscheidungen nachvollziehbar sind und die Interessen der Anwohner berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist eine Migrationspolitik im Landkreis Gifhorn, die Recht konsequent durchsetzt, Belastungen begrenzt und die Interessen der eigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt.

Kostentransparenz sicherstellen

Die finanziellen Auswirkungen der Migrationspolitik müssen im Landkreis Gifhorn vollständig offengelegt und für Bürger wie Entscheidungsträger nachvollziehbar sein. Nur so entsteht Vertrauen und eine sachliche Grundlage für politische Entscheidungen.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass jährlich ein umfassender Migrationskostenbericht erstellt wird. Dieser soll sämtliche Ausgaben transparent und nachvollziehbar aufschlüsseln – insbesondere in den Bereichen Unterbringung, soziale Leistungen, Betreuung, Integration sowie Verwaltungskosten.

Ebenso müssen die Erstattungen durch Bund und Land klar dargestellt werden, damit ersichtlich wird, welcher finanzielle Anteil tatsächlich beim Landkreis Gifhorn verbleibt und von den Kommunen getragen werden muss.

Darüber hinaus sind Vergabeverfahren im Bereich Unterbringung, Betreuung und Dienstleistungen konsequent transparent zu gestalten. Entscheidungen müssen nachvollziehbar, überprüfbar und frei von Intransparenz erfolgen.

Belastungsgrenzen beachten

Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit im Landkreis Gifhorn ist begrenzt. Städte und Gemeinden dürfen nicht dauerhaft über ihre personellen, finanziellen und infrastrukturellen Kapazitäten hinaus belastet werden.

Wir setzen uns deshalb für klare Begrenzungen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ein, für den Schutz des Wohnungsmarktes und eine vorrangige Vergabe von Wohnraum an Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht. Kommunale Entscheidungen müssen sich konsequent an tatsächlich vorhandenen Kapazitäten in Kitas, Schulen und Verwaltung orientieren.

Dabei gilt für uns ein klarer Grundsatz: **Keine Sonderbehandlung gegenüber der eingessessenen Bevölkerung.** Öffentliche Leistungen müssen fair, ausgewogen und nachvollziehbar verteilt werden.

Integration mit klaren Regeln gestalten

Integration kann nur gelingen, wenn sie auf klaren Regeln und gemeinsamen Grundlagen basiert.

Im Landkreis Gifhorn setzen wir daher auf eine verpflichtende und frühzeitige Sprachförderung, insbesondere im Vorschulbereich. Kinder müssen vor der Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um erfolgreich am Unterricht teilnehmen zu können.

Darüber hinaus soll Integration gezielt in bestehende Strukturen erfolgen, etwa in Sportvereinen, Schützenvereinen oder der Freiwilligen Feuerwehr. Diese gewachsenen Strukturen fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erleichtern echte Teilhabe.

Die Förderung von Parallelstrukturen oder separaten Migrantenorganisationen lehnen wir ab. Stattdessen muss die deutsche Sprache im Alltag, in Schulen und im Verwaltungsbereich klar gestärkt werden.

Unser Ziel

Unser Ziel ist eine Migrationspolitik im Landkreis Gifhorn, die klar, konsequent und realistisch ist.

Eine Politik,
die geltendes Recht umsetzt, die kommunale Belastungsgrenzen respektiert,
und die Integration verbindlich und zielgerichtet gestaltet.

Integration bedeutet Teilhabe an unserer Gesellschaft – nicht die Bildung paralleler Strukturen.



IX. Wirtschaft, Mittelstand und Standortentwicklung

Wirtschaftliche Realität im Landkreis Gifhorn

Der Landkreis Gifhorn steht wirtschaftlich vor großen Herausforderungen. Die Krise der Automobilindustrie und ihrer zahlreichen Zulieferbetriebe in unserer Region zeigt deutlich, wie stark unsere Wirtschaft von einzelnen Industriezweigen abhängig ist – insbesondere vom Standort Wolfsburg.

Gleichzeitig verschärft sich die Lage sichtbar: Beim Amtsgericht Gifhorn wurden im Jahr 2025 insgesamt 219 Unternehmensinsolvenzen registriert, hinzu kamen über 500 Privatinsolvenzen. Bereits zu Beginn des Jahres 2026 wurden innerhalb weniger Wochen mehrere Dutzend Insolvenzanträge gestellt. Zeitweise geriet nahezu täglich ein Betrieb in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Diese Entwicklung ist auch in unseren Städten und Gemeinden spürbar. Leerstände in den Ortskernen nehmen zu, traditionelle Geschäfte verschwinden und die Attraktivität unserer Zentren leidet. Gerade in der Stadt Gifhorn und Wittingen zeigt sich, wie stark sich wirtschaftliche Schwäche direkt auf das Ortsbild auswirkt.

Gleichzeitig kämpfen viele Betriebe mit wachsender Bürokratie, langen Genehmigungsverfahren und einer zunehmenden Misstrauenskultur der Behörden gegenüber Unternehmern. Besonders kleine und mittelständische Unternehmen werden dadurch ausgebremst.

Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze sichern

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten und kommunale Einnahmen. Im Landkreis Gifhorn bilden Handwerk, Mittelstand, industrielle Zulieferer, Landwirtschaft und innovative Betriebe ein starkes Fundament.

Dieses Fundament muss gesichert und gleichzeitig breiter aufgestellt werden, um Krisen besser abzufedern.

Unser Ziel ist ein wirtschaftlich starker Landkreis Gifhorn,

- der Arbeitsplätze sichert,
- regionale Wertschöpfung stärkt,
- und neue Perspektiven für Unternehmen und Beschäftigte schafft.

Bürokratie abbauen – Verwaltung zum Partner machen

Die Verwaltung muss sich klar als Partner der Wirtschaft verstehen – nicht als Hindernis. Verfahren werden deutlich beschleunigt, etwa durch digitale Anträge sowie verbindliche Bearbeitungsfristen. Unternehmen brauchen Planungssicherheit statt monatelanger Wartezeiten.

Ein zentrales „One-Stop-Prinzip“ sorgt dafür, dass Betriebe einen festen Ansprechpartner erhalten, der Verfahren bündelt und koordiniert. Gleichzeitig werden bürokratische Hürden konsequent reduziert – etwa durch vereinfachte Genehmigungen und eine bessere Abstimmung zwischen den zuständigen Stellen.

Kontrollen erfolgen nach klaren, einheitlichen und transparenten Standards. Dabei werden Betriebe als Partner behandelt: mit Beratung vor Sanktionen, fairen Verfahren und weniger unnötiger Bürokratie.

Digitale Angebote wie Terminvergaben und Online-Statusabfragen werden flächendeckend eingeführt, damit Unternehmen jederzeit den Stand ihrer Verfahren nachvollziehen können.

Wirtschaftsförderung neu ausrichten

Im Landkreis Gifhorn existieren zahlreiche Strukturen der Wirtschaftsförderung – auf Kreis-, Stadt- und Samtgemeindeebene sowie in regionalen Kooperationen. Diese führen teilweise zu Doppelstrukturen, ohne dass Unternehmen davon profitieren.

Unser Ansatz ist klar: Wirtschaftsförderung muss sich am konkreten Nutzen für Betriebe orientieren. Die Wirtschaftsförderung wird als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung organisiert, mit dem Ziel, Unternehmen aktiv bei Genehmigungen, Ansiedlungen und Betriebserweiterungen zu unterstützen.

Förderpolitik darf sich nicht an Ideologien oder verfügbaren Fördertöpfen ausrichten, sondern an wirtschaftlicher Realität und Marktfähigkeit. Öffentliche Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo echte Wertschöpfung entsteht – nicht für Projekte ohne nachhaltige Perspektive.

Gleichzeitig müssen Unternehmen von bürokratischen Nebentätigkeiten entlastet werden, die nicht zur eigentlichen Wertschöpfung beitragen. Verwaltung muss ermöglichen statt aufhalten.

Doppelstrukturen zwischen Landkreis, Kommunen und weiteren Organisationen werden überprüft und konsequent reduziert. Neue Stellen oder zusätzliche Behörden ersetzen keine funktionierende Wirtschaftspolitik.

Wirtschaft wird nicht durch Verwaltung gesteuert, sondern durch klare Zuständigkeiten, schnelle Verfahren und verlässliche Rahmenbedingungen.

Innenstädte und Ortskerne beleben

Unsere Ortskerne sind zentrale Treffpunkte für Wirtschaft, Kultur und gesellschaftliches Leben. Doch Leerstände und Geschäftsaufgaben gefährden ihre Zukunft.

Im Landkreis Gifhorn setzen wir deshalb auf konkrete Maßnahmen:

Innenstädte müssen gut erreichbar bleiben – auch mit dem Auto. Ortsnahe Parkmöglichkeiten sind Voraussetzung für funktionierenden Einzelhandel, insbesondere in Gifhorn und Wittingen.

Verkaufsoffene Sonntage und Öffnungen bei Stadtfesten sollen gezielt ermöglicht werden, um Besucher in die Zentren zu bringen. Gleichzeitig müssen Sondernutzungsgebühren für Außengastronomie überprüft und praxisnah gestaltet werden.

Ein aktives Leerstandsmanagement soll freie Ladenflächen schneller wieder in Nutzung bringen. Dazu gehört auch die gezielte Ansprache neuer Geschäftsmodelle und Betriebe.

Für Neugründungen setzen wir auf ein „bürokratiefreies Gründerjahr“, um neue Unternehmen gezielt anzusiedeln.

Handwerk, Landwirtschaft und regionale Wirtschaft stärken

Handwerk, Landwirtschaft und Mittelstand sind das Rückgrat der Wirtschaft im Landkreis Gifhorn.

Wir setzen deshalb auf konkrete Unterstützung:

Genehmigungsverfahren für Betriebserweiterungen oder Nutzungsänderungen müssen vereinfacht werden. Gleichzeitig wollen wir die duale Ausbildung stärken – etwa durch regelmäßige Ausbildungs- und Berufsorientierungsmessen im Landkreis sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und regionalen Betrieben.

Regionale Wertschöpfungsketten sollen gezielt gefördert werden, beispielsweise durch Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Gastronomie und Einzelhandel.

Die Direktvermarktung wird ausgebaut: Wochenmärkte in Gifhorn, Wittingen und den Samtgemeinden sollen gestärkt, Genehmigungen für Hofläden und Verkaufsautomaten vereinfacht und eine digitale Übersicht regionaler Anbieter geschaffen werden.

Auch bei öffentlichen Aufträgen wollen wir regionale Betriebe stärker berücksichtigen, etwa durch kleinere Lose und vereinfachte Vergabeverfahren.

Unser Ziel

Eine starke Wirtschaft im Landkreis Gifhorn ist kein Selbstzweck.

Sie ist die Grundlage für:

- sichere Arbeitsplätze
- lebendige Ortskerne
- stabile kommunale Finanzen
- und eine lebenswerte Zukunft in unserer Region

Dafür braucht es eine Verwaltung, die ermöglicht statt behindert, unterstützt statt gängelt und als verlässlicher Partner an der Seite unserer Betriebe steht.

X. Verkehr und Infrastruktur – Mobilität sichern, Standort stärken

Leistungsfähige Infrastruktur als Grundlage

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, Mobilität und Lebensqualität im Landkreis Gifhorn. Pendlerströme Richtung Wolfsburg und Braunschweig, der ländliche Raum mit weiten Wegen sowie die zentrale Bedeutung des Individualverkehrs stellen besondere Anforderungen an die Verkehrspolitik.

Unser Ansatz ist klar: Verkehrspolitik muss sich an den realen Bedürfnissen der Bürger orientieren – nicht an ideologischen Vorgaben. Dazu gehört insbesondere, dass die Zentren wie Gifhorn für alle Bürger zuverlässig und zügig mit dem Auto erreichbar bleiben.

Individuelle Mobilität sichern – Straßenverkehr stärken

Der motorisierte Individualverkehr bleibt im Landkreis Gifhorn das Rückgrat der Mobilität – insbesondere im ländlichen Raum und für Pendler.

Wir lehnen eine ideologisch motivierte Umverteilung von Verkehrsflächen zulasten des Autoverkehrs ab. Ein einseitiger Ausbau von Radinfrastruktur ohne tatsächlichen Bedarf wird nicht weiterverfolgt. Stattdessen setzen wir auf ein ausgewogenes, bedarfsgerechtes Miteinander aller Verkehrsarten, das die Leistungsfähigkeit des gesamten Straßennetzes erhält.

Auf Hauptverkehrsstraßen soll innerorts weiterhin Tempo 50 gelten, um den Verkehrsfluss aufrechtzuerhalten. Tempo-30-Zonen werden gezielt dort eingerichtet, wo sie aus Gründen der Verkehrssicherheit sinnvoll und fachlich begründet sind – etwa vor sensiblen Einrichtungen oder an Gefahrenstellen. Maßgeblich sind dabei objektive Bewertungen und Empfehlungen der zuständigen Fachbehörden.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit werden Ausnahmegenehmigungen für Radfahrer, Einbahnstraßen entgegen der Fahrtrichtung zu nutzen, abgeschafft.

Statt den Autoverkehr einzuschränken, setzen wir auf sinnvolle Ergänzungen: Der Ausbau von Parallelwegen für Radfahrer soll dort erfolgen, wo er den Alltagsverkehr tatsächlich verbessert.

Staus reduzieren – Verkehr intelligent steuern

Um die zunehmende Verkehrsbelastung insbesondere im Bereich Gifhorn und auf den Pendlerachsen zu reduzieren, setzen wir auf moderne Steuerungstechnologien.

Intelligente Ampelsysteme („Grüne Welle“) und KI-gestützte Verkehrslenkung sollen gezielt eingesetzt werden, um den Verkehrsfluss zu verbessern und Staus zu vermeiden.

Darüber hinaus ist der Ausbau von Ortsumgehungen konsequent voranzutreiben. Projekte, die teilweise seit Jahren geplant sind, müssen endlich umgesetzt werden, um Ortskerne zu entlasten und die Lebensqualität für Anwohner zu verbessern.

Parkraum schaffen – Innenstädte erreichbar halten

Ausreichender Parkraum ist eine zentrale Voraussetzung für funktionierende Innenstädte.

Im Landkreis Gifhorn setzen wir uns deshalb für einen bedarfsgerechten Ausbau von Parkflächen ein – insbesondere in Gifhorn und Wittingen. Gleichzeitig sollen Gebühren für Anwohnerparken und das Parken in Innenstädten überprüft und gesenkt werden.

Eine autofreundliche Erreichbarkeit ist entscheidend, um den Einzelhandel zu stärken und weitere Leerstände zu vermeiden.

ÖPNV verbessern – zuverlässig statt ideologisch

Auch der öffentliche Personennahverkehr spielt eine wichtige Rolle – vor allem für Pendler, Schüler und ältere Menschen.

Im Landkreis Gifhorn setzen wir klare Prioritäten: **Sicherheit, Sauberkeit und Zuverlässigkeit** müssen oberste Maßstäbe sein. Statt immer neuer Tarifexperimente muss stärker in die Substanz und die Qualität des Angebots investiert werden.

Das Deutschlandticket bietet Vorteile durch einfache Nutzung und den Wegfall des Tarifschungels. Gleichzeitig muss die Finanzierung so gestaltet werden, dass kommunale Verkehrsgesellschaften nicht zusätzlich belastet werden.

Im ländlichen Raum bauen wir Rufbusse und flexible Bedarfsverkehre gezielt aus, um Versorgungslücken zu schließen. Technologieoffene und wirtschaftliche Lösungen stehen dabei im Vordergrund. Infrastrukturprojekte prüfen wir konsequent nach Bedarf und Wirtschaftlichkeit.

Schülerbeförderung zuverlässig und sicher gestalten

Die Schülerbeförderung muss sich an der Realität orientieren. Überfüllte Busse, unzuverlässige Verbindungen und stehen gelassene Kinder sind nicht hinnehmbar.

Unser Ziel ist klar: **Jedes Kind muss sicher, pünktlich und verlässlich zur Schule kommen.**

Dafür setzen wir auf:

- bedarfsgerechte Kapazitäten, insbesondere zu Stoßzeiten
- separaten Schülerverkehr, wo notwendig, durch Schulbusse und Verstärkerfahrten
- besser abgestimmte Fahrpläne zwischen Schulen und Verkehrsträgern
- mehr Transparenz durch Echtzeitinformationen zu Fahrzeiten und Auslastung
- Sicherheit als Maßstab – entscheidend ist die tatsächliche Situation vor Ort
- stärkere Einbindung von Eltern, Schulen und Schülern

Die Schülerbeförderung ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Verwaltung und Betreiber stehen gemeinsam in der Verantwortung, verlässliche und praktikable Lösungen sicherzustellen.

Pendlerverkehr verbessern – Region besser anbinden

Der Landkreis Gifhorn ist stark durch Pendlerbewegungen geprägt.

Deshalb setzen wir uns konkret ein für:

- den weiteren Ausbau der Bundesstraßen B188 und B4,
- leistungsfähige Verbindungen Richtung Wolfsburg und Braunschweig,
- sowie Taktverdichtungen und Beschleunigungen auf der Bahnstrecke Gifhorn–Braunschweig.

Gerade für Berufspendler müssen Verbindungen schneller, zuverlässiger und planbarer werden.

Straßen erhalten – Sanierungsstau abbauen

Der Zustand vieler Straßen im Landkreis Gifhorn zeigt einen deutlichen Sanierungsstau.

Wir setzen deshalb auf den klaren Grundsatz: **Erhalt vor Neubau**. Bestehende Straßen müssen konsequent instandgesetzt werden, bevor neue Projekte begonnen werden.

Notwendige Baumaßnahmen dürfen nicht länger verschoben werden, da dies langfristig zu höheren Kosten führt.

Digitale Infrastruktur ausbauen

Moderne Infrastruktur endet nicht bei Straßen und Schienen.

Der Breitband- und Mobilfunkausbau im Landkreis Gifhorn hat Fortschritte gemacht, doch insbesondere in ländlichen Ortsteilen bestehen weiterhin Versorgungslücken.

Wir setzen uns dafür ein, dass Glasfaser- und Mobilfunknetze flächendeckend ausgebaut werden. Ziel ist eine zuverlässige digitale Versorgung für Unternehmen, Verwaltung und Bürger – unabhängig vom Wohnort.

Unser Ziel

Unser Ziel ist eine Verkehrspolitik im Landkreis Gifhorn, die sich an der Realität orientiert:

- mobilitätsfreundlich statt ideologisch
- leistungsfähig statt überreguliert
- und verlässlich für Bürger und Wirtschaft **Mobilität muss funktionieren – im Alltag, im Beruf und im ländlichen Raum.**

VIII. Familie, Kinder und Bildung – Zukunft im Landkreis Gifhorn sichern

Familienfreundlicher Landkreis Gifhorn

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie übernehmen täglich Verantwortung für die nächste Generation und verdienen dafür die bestmöglichen Rahmenbedingungen.

Der Landkreis Gifhorn gehört bereits heute zu den geburtenstärksten Regionen Niedersachsens. Während die Geburtenrate deutschlandweit bei etwa 1,35 und in Niedersachsen bei rund 1,42 liegt, beträgt sie im Landkreis Gifhorn etwa 1,72 Kinder pro Frau. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass viele Familien hier bewusst leben und gute Voraussetzungen vorfinden.

Gleichzeitig stellt der demografische Wandel unsere Region vor große Herausforderungen. Eine stabile Bevölkerungsentwicklung ist langfristig nur möglich, wenn Familien gezielt unterstützt werden und Kinder ausdrücklich willkommen sind.

Unser Ziel ist klar: Der Landkreis Gifhorn soll nicht nur zu den geburtenstärksten, sondern auch zu den familienfreundlichsten Landkreisen in Niedersachsen gehören.

Familienpolitik in der Verwaltung stärken

Familienpolitik ist im Landkreis Gifhorn bislang auf verschiedene Ämter verteilt und wird dadurch häufig nur am Rande behandelt. Das wollen wir ändern.

Familienpolitische Themen müssen gebündelt, sichtbar gemacht und systematisch berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines eigenen Familienausschusses ein, der sich gezielt mit den Anliegen von Familien im Landkreis beschäftigt.

Zusätzlich soll eine Familienbeauftragte als zentrale Ansprechpartnerin in der Kreisverwaltung etabliert werden. Gleichzeitig müssen kommunale Entscheidungen künftig systematisch darauf überprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Familien haben.

Auch die Kreisverwaltung selbst muss familienfreundlicher werden. Flexible Arbeitszeiten, Homeoffice-Möglichkeiten und grundsätzlich teilzeitfähige Stellen sind notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Darüber hinaus müssen öffentliche Einrichtungen im Landkreis Gifhorn konsequent familienfreundlich gestaltet werden – mit Wickelmöglichkeiten, kinderfreundlichen Wartebereichen, barrierefreien Zugängen für Kinderwagen und praxisnahen Öffnungszeiten.

Familien konkret unterstützen und willkommen heißen

Familien sollen im Landkreis Gifhorn nicht nur verwaltet, sondern aktiv unterstützt werden.

Wir setzen uns für konkrete Maßnahmen ein: Nach der Geburt eines Kindes sollen Familien ein Willkommenspaket erhalten, das einen Überblick über alle relevanten Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote im Landkreis bietet.

Alternative für Deutschland – Kreisverband Gifhorn

Ein landkreisweiter Familienpass soll eingeführt werden, der Vergünstigungen bei Schwimmbädern, kulturellen Einrichtungen und Freizeitangeboten ermöglicht – etwa in Gifhorn, Wittingen und den Samtgemeinden.

Bei der Vergabe kommunaler Baugrundstücke wollen wir einheimische Familien gezielt bevorzugen, um ihnen den Verbleib in ihrer Heimatregion zu erleichtern.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine vergünstigte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Schüler ein, um Familien finanziell zu entlasten.

Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung sichern

Eltern müssen selbst entscheiden können, welches Betreuungsmodell am besten zu ihrer Lebenssituation passt. Voraussetzung dafür ist ein ausreichendes und verlässliches Angebot im gesamten Landkreis Gifhorn.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in allen Städten und Gemeinden ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen. Lange Wartelisten und fehlende Betreuungsplätze dürfen nicht zur Regel werden.

Gleichzeitig soll die Kindertagespflege durch Tagesmütter stärker gefördert werden. Diese flexible Betreuungsform ist gerade im ländlichen Raum eine wichtige Ergänzung zu klassischen Kitas.

Betreuungszeiten müssen sich stärker an den tatsächlichen Arbeitszeiten der Eltern orientieren – insbesondere für Pendler im Landkreis Gifhorn.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die frühe Sprachförderung im Vorschulalter. Kinder müssen vor der Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um erfolgreich am Unterricht teilnehmen zu können.

Gerade im Bereich der Betreuung unter drei Jahren wollen wir die Tagespflege gezielt stärken – durch bessere Vergütung, vereinfachte Genehmigungsverfahren, Qualifizierungsangebote und eine zentrale Vermittlung von Betreuungsplätzen im Landkreis Gifhorn.

Schulen modernisieren – Bildung vor Ort stärken

Der Landkreis Gifhorn ist Schulträger zahlreicher weiterführender Schulen und trägt damit eine direkte Verantwortung für die Bildungsqualität.

Viele Schulgebäude weisen einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Deshalb setzen wir auf eine konsequente Modernisierung und Instandhaltung der Schulen, um bestehende Defizite abzubauen.

Gleichzeitig müssen Schulen besser ausgestattet werden – mit moderner digitaler Technik, stabilen Internetverbindungen und zeitgemäßen Fachräumen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherheit: Schulwege müssen sicher gestaltet und die Schülerbeförderung zuverlässig organisiert werden – insbesondere im ländlichen Raum.

Darüber hinaus wollen wir die Berufsorientierung stärken. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, regionalen Unternehmen und Handwerksbetrieben im Landkreis Gifhorn ist entscheidend, um Fachkräfte vor Ort zu sichern.

Förderschulen erhalten – individuelle Förderung sichern

Kinder mit besonderem Förderbedarf benötigen spezialisierte Bildungsangebote.

Wir setzen uns deshalb klar für den Erhalt und Ausbau der Förderschulen im Landkreis Gifhorn ein, insbesondere im Bereich geistige Entwicklung. Kleine Klassen und individuelle Förderung sind für viele Kinder unverzichtbar.

Dazu gehört auch die dauerhafte Sicherung der „Schule der Zukunft“ der Lebenshilfe in Gifhorn. Diese Einrichtung ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft und bietet betroffenen Kindern und ihren Familien verlässliche Perspektiven.

Unser Ziel

Unser Ziel ist ein familienfreundlicher Landkreis Gifhorn,

- in dem Familien echte Unterstützung erhalten,
- in dem Kinder gute Bildungsbedingungen vorfinden,
- und in dem Zukunft vor Ort entsteht.

Familien stärken heißt Zukunft sichern.

IX. Heimat, Kultur, Tradition – Zusammenhalt vor Ort stärken

Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

Ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen, sich begegnen und gemeinsam aktiv sind. Unsere Heimat im Landkreis Gifhorn lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von lebendigen Vereinen, gelebten Traditionen und gewachsenen Ortsstrukturen.

In Städten und Gemeinden wie Gifhorn, Wittingen und den Samtgemeinden bilden Vereine, Feuerwehren und ehrenamtliches Engagement das Rückgrat unserer Gemeinschaft. Sie fördern Kinder und Jugendliche, schaffen Begegnung und stärken den Zusammenhalt zwischen den Generationen.

Traditionsvereine, das Schützenwesen, Dorffeste und regionale Veranstaltungen sind dabei weit mehr als Freizeitangebote – sie sind Ausdruck unserer Identität und verbinden die Menschen vor Ort.

Doch genau dieses Fundament gerät zunehmend unter Druck. Steigende Auflagen, wachsende Sicherheitsanforderungen und hohe Kosten führen dazu, dass immer mehr Veranstaltungen gefährdet sind. Viele Vereine stoßen organisatorisch und finanziell an ihre Grenzen.

Wir stehen deshalb für eine Politik im Landkreis Gifhorn, die Ehrenamt stärkt, Vereine entlastet und unserer Heimat eine klare Zukunftsperspektive gibt.

Vereine, Ehrenamt und Brauchtum konkret stärken

Ehrenamtliches Engagement darf nicht durch Bürokratie ausgebremst werden.

Im Landkreis Gifhorn setzen wir uns dafür ein, dass Förderanträge, Genehmigungen und Veranstaltungsanmeldungen deutlich vereinfacht werden. Vereine müssen sich auf ihre Arbeit konzentrieren können – nicht auf Formulare.

Gleichzeitig wollen wir eine verlässliche und dauerhafte Förderung für Sport-, Kultur-, Traditions- und Jugendvereine etablieren. Planungssicherheit ist entscheidend, damit Vereinsarbeit langfristig möglich bleibt.

Kommunale Räume, Sporthallen und Anlagen sollen Vereinen bevorzugt und zu fairen Konditionen zur Verfügung gestellt werden – insbesondere für die Jugendarbeit.

Ein zentraler Baustein ist die Nachwuchsförderung. Jugendgruppen und die Ausbildung von Übungsleitern sollen gezielt unterstützt werden, um langfristig ehrenamtliches Engagement zu sichern.

Zur Entlastung der Vereine wollen wir in der Kreisverwaltung feste Ansprechpartner („Vereinslotsen“) einrichten, die bei Fragen und Verfahren konkret unterstützen.

Traditionsvereine, Schützenfeste und Volksfeste wollen wir aktiv schützen. Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und Sicherheitsanforderungen praxisnah gestaltet werden, damit Veranstaltungen weiterhin stattfinden können.

Heimatbewusstsein stärken und Geschichte sichtbar machen

Eine lebendige Heimat braucht ein klares Bewusstsein für die eigene Geschichte und Identität.

Im Landkreis Gifhorn setzen wir uns dafür ein, die Deutschlandflagge dauerhaft und sichtbar vor öffentlichen Gebäuden zu hissen und ein positives Bekenntnis zu unserer nationalen und regionalen Identität zu stärken.

Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen sollen verstärkt nach bedeutenden Persönlichkeiten der deutschen und regionalen Geschichte benannt werden – auch mit Bezug zur Geschichte des Landkreises Gifhorn.

Ideologisch motivierte Straßenumbenennungen lehnen wir ab. Gewachsene Namen sind Teil unserer Geschichte und Identität und sollen erhalten bleiben.

Geschichte darf nicht verdrängt werden. Sie muss erklärt, eingeordnet und sichtbar gemacht werden – auch in Schulen, Museen und im öffentlichen Raum.

Ortskerne stärken und Baukultur bewahren

Unsere Ortskerne prägen das Bild unserer Städte und Gemeinden.

Im Landkreis Gifhorn setzen wir uns dafür ein, historische Gebäude und ortsbildprägende Strukturen konsequent zu erhalten und zu fördern. Sie sind Teil unserer Identität und tragen zur Attraktivität unserer Orte bei.

Leerstand muss aktiv bekämpft werden. Dazu gehören gezielte Programme zur Wiederbelebung von Ortskernen sowie die Unterstützung neuer Nutzungskonzepte für bestehende Gebäude.

Neubauten sollen sich stärker an der regionalen Baukultur orientieren, um gewachsene Ortsbilder zu erhalten und eine Überformung durch beliebige Architektur zu verhindern.

Dorfplatzstätten und Treffpunkte erhalten

Dorfplatzstätten, Ratskeller und traditionelle Treffpunkte sind zentrale Orte des gesellschaftlichen Lebens – gerade im ländlichen Raum des Landkreises Gifhorn.

Wir setzen uns dafür ein, diese Einrichtungen als soziale Infrastruktur anzuerkennen und gezielt zu fördern. Wo Platzstätten vor dem Aus stehen, sollen Bürgergenossenschaften unterstützt werden, um eine Weiterführung zu ermöglichen.

Investitionen in Sanierung und Modernisierung müssen erleichtert und vorhandene Fördermittel besser gebündelt werden. Gleichzeitig wollen wir bürokratische Hürden abbauen, um flexible Nutzungskonzepte zu ermöglichen – etwa als Kombination aus Gastronomie, Veranstaltungsort und Treffpunkt.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Aufbau einer kommunalen Heimat- oder Bürgerstiftung ein, um historische Gebäude und wichtige Orte langfristig zu sichern und neu zu beleben.

XI. Pflege und Gesundheit – Versorgung vor Ort sichern

Gesundheitsversorgung im Landkreis Gifhorn stärken

Eine verlässliche Gesundheits- und Pflegeversorgung gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Auch wenn viele Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene getroffen werden, erwarten die Menschen zu Recht, dass der Landkreis Gifhorn Verantwortung übernimmt und die Versorgung vor Ort aktiv sichert.

Gerade im ländlich geprägten Landkreis Gifhorn sind wohnortnahe medizinische Angebote, funktionierende Rettungsdienste und eine menschenwürdige Pflege entscheidend für Lebensqualität und Sicherheit.

Zentrale Säulen der stationären Versorgung sind das Helios Klinikum Gifhorn sowie die Helios Klinik Wittingen. Diese Standorte sichern die medizinische Grundversorgung in der Region und müssen langfristig erhalten und gestärkt werden.

Gleichzeitig zeigen steigende Belastungen im Pflegebereich, Fachkräftemangel und zunehmende Versorgungsengpässe deutlich, dass politisches Handeln notwendig ist.

Unser Ansatz ist klar: Gesundheitspolitik im Landkreis Gifhorn muss sich am Menschen orientieren – nicht an Bürokratie oder rein wirtschaftlichen Interessen.

Medizinische Versorgung sichern und aktiv gestalten

Die medizinische Versorgung im Landkreis Gifhorn muss aktiv begleitet und weiterentwickelt werden.

Wir setzen uns dafür ein, die wohnortnahe Krankenhausversorgung an den Standorten Gifhorn und Wittingen dauerhaft zu sichern. Gleichzeitig müssen Pflegekräfte spürbar entlastet werden, damit sie sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.

Dazu gehört auch, funktionierende Unterstützungsstrukturen in den Krankenhäusern zu erhalten. Service-, Reinigungs- und Versorgungsbereiche dürfen nicht weiter abgebaut werden, da sie das medizinische Personal entlasten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Die Ansiedlung von Haus- und Fachärzten muss aktiv begleitet werden – etwa durch Unterstützung bei Praxisgründungen, Nachfolgeregelungen und Standortentscheidungen.

Gleichzeitig muss die Erreichbarkeit von Praxen und medizinischen Angeboten verbessert werden, insbesondere für ältere Menschen und Bürger ohne eigenes Fahrzeug.

Der Rettungsdienst im Landkreis Gifhorn muss weiter gestärkt werden. Kurze Einsatzzeiten, ausreichend Personal und eine moderne Ausstattung sind Voraussetzung für eine verlässliche Notfallversorgung.

Darüber hinaus wollen wir die Gesundheitsregion Gifhorn gezielt weiterentwickeln, um Krankenhäuser, Ärzte, Pflegeeinrichtungen und weitere Akteure besser zu vernetzen.

Gemeindeschwester einführen – Versorgung im Alltag verbessern

Zur Entlastung der ärztlichen Versorgung und zur Stärkung der Prävention setzen wir uns für die Wiedereinführung der Gemeindeschwester im Landkreis Gifhorn ein.

Gemeindeschwestern – qualifizierte Pflegekräfte mit zusätzlicher Ausbildung – besuchen Bürger regelmäßig zuhause, beraten in Gesundheitsfragen und erkennen frühzeitig Probleme, bevor daraus ernsthafte Erkrankungen entstehen.

Gerade im ländlichen Raum kann ein solcher kommunaler Pflegedienst einen entscheidenden Beitrag leisten – insbesondere für ältere Menschen, chronisch Kranke und Familien.

Gleichzeitig werden Ärzte von Routine-Hausbesuchen entlastet und die Versorgung insgesamt verbessert. Erfolgreiche Modelle aus anderen Regionen zeigen, dass dieses Konzept praktikabel und wirksam ist.

Pflege stärken und würdig gestalten

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen im Landkreis Gifhorn steigt kontinuierlich. Gleichzeitig geraten Pflegekräfte und pflegende Angehörige zunehmend an ihre Belastungsgrenzen.

Wir setzen deshalb auf konkrete Unterstützung:

Pflegende Angehörige sollen durch bessere Beratung, gezielte Entlastungsangebote und niedrigschwellige Hilfen stärker unterstützt werden. Gleichzeitig müssen ambulante Pflegeangebote ausgebaut werden, damit Menschen möglichst lange in ihrem eigenen Zuhause leben können.

Ausreichende Pflegeplätze im Landkreis Gifhorn sind sicherzustellen, um Versorgungslücken zu vermeiden. Gleichzeitig müssen ambulante, stationäre und beratende Angebote besser miteinander verzahnt werden.

Auch der Öffentliche Gesundheitsdienst spielt eine wichtige Rolle. Er muss insbesondere in den Bereichen Beratung, Prävention und Koordination gestärkt werden.

Häusliche Pflege stärken – „ambulant vor stationär“ umsetzen

Die meisten Menschen wünschen sich Pflege in den eigenen vier Wänden. Diesem Wunsch wollen wir im Landkreis Gifhorn gezielt Rechnung tragen.

Die Pflegekonferenz soll zu einem aktiven Steuerungsgremium weiterentwickelt werden, das konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung erarbeitet und umsetzt.

Vernetzungsstrukturen zwischen Pflege, Ärzten, Krankenhäusern und Ehrenamt müssen gestärkt werden, um Versorgungslücken frühzeitig zu erkennen und zu schließen.

Pflegestützpunkte und Beratungsangebote sollen ausgebaut und bekannter gemacht werden, damit Betroffene schnell Unterstützung erhalten.

Tagespflegeangebote wollen wir gezielt fördern, um pflegende Angehörige zu entlasten und häusliche Pflege langfristig zu stabilisieren.

Darüber hinaus unterstützen wir innovative Wohn- und Pflegeformen wie betreutes Wohnen oder ambulant betreute Wohngemeinschaften, um neue Lösungen im ländlichen Raum zu ermöglichen.

Kommunen, Träger und Investoren sollen aktiv beraten werden, damit der Ausbau ambulanter Angebote im Vordergrund steht und nicht ausschließlich neue stationäre Einrichtungen entstehen.

Auch ehrenamtliche Hilfen und Nachbarschaftsnetzwerke wollen wir stärken, da sie eine wichtige Ergänzung zur professionellen Pflege darstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung des Übergangsmanagements zwischen Krankenhaus und Pflege. Versorgung muss nahtlos organisiert werden, damit Patienten nach einem Krankenhausaufenthalt nicht in Versorgungslücken geraten.

XII. Umweltpolitik und Energie – Natur schützen, Verantwortung wahrnehmen

Umweltpolitik mit Augenmaß im Landkreis Gifhorn

Der Schutz unserer Umwelt ist eine zentrale Aufgabe – aber er muss mit Augenmaß, Sachverstand und Rücksicht auf Mensch und Natur erfolgen. Umweltpolitik im Landkreis Gifhorn darf nicht ideologisch überhöht sein, sondern muss praktikabel, regional angepasst und verantwortungsvoll umgesetzt werden.

Der Landkreis Gifhorn ist von den aktuellen Planungen zum Ausbau der Windkraft in besonderem Maße betroffen. Insbesondere der Nordkreis gerät durch die Vorgaben der Landesregierung unter erheblichen Druck, überproportional Flächen für Windenergie bereitzustellen.

Diese Entwicklung führt bereits heute zu erheblichen Konflikten mit dem Natur- und Artenschutz sowie mit den Interessen der Bevölkerung vor Ort. Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Gifhorn hat hierzu klare fachliche Bedenken gegen zahlreiche geplante Vorranggebiete geäußert. Diese Hinweise müssen ernst genommen und zur Grundlage weiterer Entscheidungen gemacht werden.

Landwirtschaft stärken – regionale Versorgung sichern

Die bäuerlichen Familienbetriebe im Landkreis Gifhorn sichern unsere Versorgung mit regionalen Lebensmitteln und prägen zugleich unsere Kulturlandschaft.

Diese Betriebe stehen jedoch zunehmend unter Druck durch Bürokratie und Überregulierung. Wir setzen uns dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und ihnen wieder mehr Handlungsspielraum zu geben.

Der Landkreis Gifhorn soll sich über Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, überbordende EU-Vorgaben zurückzufahren. Gleichzeitig wollen wir die regionale Vermarktung stärken – etwa durch Unterstützung von Hofläden, Wochenmärkten und Direktvermarktung.

Jagd stärken – Naturschutz praktisch umsetzen

Die Jagd ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines funktionierenden Naturschutzes im Landkreis Gifhorn.

Wir setzen uns dafür ein, die jagdliche Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Schießstände müssen erhalten und bei Bedarf unbürokratisch genehmigt werden.

Invasive Arten wie Waschbär, Nutria, Nilgans oder Marderhund stellen eine zunehmende Bedrohung für heimische Ökosysteme dar. Ihre Bejagung muss koordiniert und durch geeignete Maßnahmen – etwa Abschussprämien – unterstützt werden.

Auch beim Wolf sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Wir setzen uns dafür ein, den Wolf ins Jagdrecht zu überführen, wolfsfreie Zonen zu schaffen und Problemtiere schnell und

unbürokratisch zu entnehmen. Schäden an Nutz- und Haustieren müssen vollständig und zeitnah entschädigt werden.

Tierschutz verlässlich finanzieren

Tierschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe.

Tierheime im Landkreis Gifhorn dürfen nicht länger von unsicheren Spenden oder schwankenden Haushaltsmitteln abhängig sein. Wir setzen uns für eine verlässliche, pauschalierte Finanzierung durch die Kommunen ein.

Der Gegenwert der Hundesteuer soll zweckgebunden den Tierheimen zugutekommen. Damit wird das Ehrenamt gestärkt und sichergestellt, dass die Mittel dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Lebensmittelsicherheit gewährleisten

Verbraucherschutz bedeutet in erster Linie sichere Lebensmittel.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Landkreis Gifhorn ausreichend Lebensmittel- und Veterinärkontrolleure eingesetzt werden – mit moderner Ausstattung und praxisnaher Schulung.

Kontrollen müssen konsequent, aber fair erfolgen. Statt pauschaler Stigmatisierung setzen wir auf sachgerechte Inspektionen und Beratung, um Betrieben konkrete Verbesserungen zu ermöglichen.

Naturschutz konkret und praxisnah umsetzen

Naturschutz muss vor Ort wirken.

Im Landkreis Gifhorn wollen wir wertvolle Naturflächen, Biotop und Schutzgebiete konsequent erhalten. Gleichzeitig sollen regionale Umweltprojekte gefördert werden, die messbare Verbesserungen bringen.

Ein besonderer Schwerpunkt ist der Schutz unserer Wasserressourcen. Eine leistungsfähige Wasserinfrastruktur ist entscheidend für die Versorgungssicherheit und den Schutz von Trinkwasser und Gewässern.

Energiepolitik realistisch gestalten

Wir lehnen eine weitere Subventionierung von Windkraft- und Photovoltaikanlagen auf kommunaler Ebene ab.

Diese Anlagen sind nicht grundlastfähig und greifen erheblich in Natur und Landschaft ein. Lärm, Schattenwurf und Eingriffe in Ökosysteme belasten Mensch und Umwelt gleichermaßen.

Der Ausbau der Windkraft darf im Landkreis Gifhorn nicht in Wald- oder Naturschutzgebieten erfolgen. Gleichzeitig müssen Rückbauverpflichtungen konsequent sichergestellt werden, um finanzielle Risiken für die Kommunen zu vermeiden.

Auch der Ausbau zusätzlicher Stromtrassen und Umspannwerke muss kritisch geprüft werden, da er erhebliche Flächen beansprucht und Gemeinden belastet.

Kommunale Wärmeplanung kritisch begleiten

Die verpflichtende kommunale Wärmeplanung stellt viele Städte und Gemeinden im Landkreis Gifhorn vor erhebliche Herausforderungen.

Die gesetzlichen Vorgaben führen zu hohen Kosten bei gleichzeitig unklarem Nutzen. Wärmenetze erfordern massive Investitionen und führen häufig zu langfristigen Verpflichtungen für Bürger.

Wir setzen uns dafür ein, diese Entwicklung kritisch zu begleiten und die Belastung für Bürger und Kommunen so gering wie möglich zu halten.

Freie Wahl der Energieträger erhalten

Bürger müssen selbst entscheiden können, welche Energieform sie nutzen.

Wir setzen uns für die freie Wahl der Energieträger ein und lehnen staatliche Eingriffe in diese Entscheidung ab. Vorgaben, die Eigentümer zu bestimmten Heizsystemen zwingen, greifen unverhältnismäßig in die Freiheit der Bürger ein.

Windkraft mit Augenmaß planen

Der Ausbau der Windkraft im Landkreis Gifhorn darf nicht zulasten von Natur, Landschaft und Lebensqualität erfolgen. Bestehende Planungen weisen erhebliche Defizite auf – insbesondere im Hinblick auf Artenschutz, Biotopverbünde und belastbare Datengrundlagen.

Wir setzen uns dafür ein, Windkraftprojekte konsequent abzulehnen, wenn sie nicht mit Natur- und Artenschutz vereinbar sind. Gleichzeitig fordern wir realistische Planungen und angemessene Abstände zu Wohnbebauung und Schutzgebieten.

Windkraftanlagen sind großflächige Industrieanlagen. Deshalb müssen Windkraftgebiete als **Gewerbe- bzw. Industrieflächen geplant und behandelt werden** – mit klaren Regeln, nachvollziehbaren Verfahren und einer ehrlichen Abwägung der Auswirkungen. Dieses Ziel verfolgen wir auf allen politischen Ebenen.

Regionale Interessen konsequent vertreten

Der Landkreis Gifhorn darf nicht überproportional mit den Lasten des Ausbaus erneuerbarer Energien belastet werden. Wir setzen uns für eine faire Verteilung der Flächenziele ein und lehnen eine einseitige Überplanung – insbesondere im Nordkreis – ab.

Die Interessen der Bevölkerung, der Natur und unserer Region stehen für uns im Mittelpunkt. Energiepolitik muss sich an Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz orientieren – nicht an ideologischen Vorgaben.

Konkreter Umweltschutz vor Ort – Eichenprozessionsspinner bekämpfen

Alternative für Deutschland – Kreisverband Gifhorn

Umweltpolitik zeigt sich auch im Alltag.

Der Eichenprozessionsspinner stellt im Landkreis Gifhorn eine zunehmende Belastung für Gesundheit und Lebensqualität dar – insbesondere in Wohngebieten, an Schulen, Kindergärten und Spielplätzen.

Wir setzen uns für eine gerechte und transparente Förderung der Bekämpfung ein. Besonders betroffene Gemeinden müssen stärker unterstützt werden.

Förderverfahren sollen vereinfacht und ausreichend Mittel bereitgestellt werden, damit Maßnahmen planbar bleiben.

Ziel ist eine kreisweite, koordinierte Strategie, um die Ausbreitung wirksam einzudämmen und sensible Bereiche gezielt zu schützen.

Unser Ziel

Unser Ziel ist eine Umweltpolitik im Landkreis Gifhorn,

- die Natur schützt und Lebensqualität erhält,
- die regionale Besonderheiten respektiert,
- und die Verantwortung für kommende Generationen übernimmt.

Echter Naturschutz bedeutet: bewahren, nicht überplanen – und Lösungen mit Augenmaß umsetzen.

XIV. Wohnen und Bauen – Bezahlbaren Wohnraum sichern, Heimat erhalten

Bezahlbarer Wohnraum im Landkreis Gifhorn

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Fragen im Landkreis Gifhorn. Steigende Baukosten, begrenzte Flächen und eine wachsende Nachfrage erschweren es insbesondere Familien, jungen Menschen und Senioren, passenden Wohnraum zu finden. Gerade in Gifhorn, Wittingen und den Samtgemeinden zeigt sich zunehmend, dass Einheimische Schwierigkeiten haben, in ihrer Heimatregion zu bleiben. Deshalb ist es Aufgabe der Kommunen, den Wohnungsmarkt wieder stärker an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung auszurichten und gezielt gegenzusteuern.

Einheimischen-Modell – Heimat sichern

Mit einem rechtssicheren Einheimischen-Modell stellen wir sicher, dass kommunales Bauland und Wohnraum vorrangig an Menschen mit Bezug zur Region vergeben werden. Maßgeblich sind dabei insbesondere ein langjähriger Wohnsitz, familiäre Bindungen oder ehrenamtliches Engagement. So sichern wir gewachsene Strukturen und ermöglichen es vor allem jungen Familien, im Landkreis Gifhorn zu bleiben.

Bauland schaffen und Flächen aktivieren

Die Schaffung von Wohnraum beginnt mit ausreichend verfügbarem Bauland. Wir werden neue Baugebiete bedarfsgerecht ausweisen, kommunale Flächen gezielt aktivieren und brachliegende Grundstücke wieder nutzbar machen. Gleichzeitig erleichtern wir die Innenentwicklung durch Dachausbau, Aufstockung und die Nutzung von Baulücken. Ziel ist es, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, ohne die gewachsenen Ortsbilder unnötig zu beeinträchtigen.

Familiengerechtes Bauen und Mehrgenerationen-Wohnen stärken

Im Mittelpunkt steht familiengerechtes Bauen. Der Bedarf liegt klar bei Wohnungen und Häusern mit drei bis vier Zimmern sowie bei Wohnformen, die das Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen. Deshalb schaffen wir gezielt Rahmenbedingungen für Mehrgenerationen-Wohnen und erleichtern das Leben mehrerer Generationen unter einem Dach. Dazu gehören flexiblere Bauvorschriften, die Einliegerwohnungen, größere Haushalte und anpassbare Grundrisse ermöglichen. So stärken wir die Familie als tragendes Fundament unserer Gesellschaft und schaffen Strukturen, die Zusammenhalt fördern und gleichzeitig Pflege und Betreuung im Alltag erleichtern.

Bauen erleichtern – Bürokratie abbauen

Bauen muss wieder einfacher, schneller und bezahlbarer werden. Auf kommunaler Ebene werden wir zusätzliche Auflagen und Satzungen kritisch überprüfen und reduzieren, Stellplatzvorgaben flexibilisieren und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Digitale Bauanträge, klare Zuständigkeiten und verbindliche Bearbeitungsfristen sorgen für

mehr Planungssicherheit. Die Verwaltung muss hier als Partner auftreten und nicht als Hindernis.

Eigentum fördern – Perspektiven schaffen

Eigentum ist ein wichtiger Baustein für Sicherheit und Altersvorsorge. Deshalb unterstützen wir Modelle, bei denen Mieter ihre Wohnungen zu fairen Konditionen erwerben können. Die Preisgestaltung soll soziale Aspekte wie Mietdauer und familiäre Situation berücksichtigen. Gleichzeitig verhindern wir Spekulation durch klare Begrenzungen und zeitlich befristete Veräußerungssperren.

Wohngeld gezielt einsetzen

Anstelle ineffizienter Förderstrukturen setzen wir stärker auf ein zielgerichtetes Wohngeld, das Menschen mit geringem Einkommen unterstützt, solange tatsächlicher Bedarf besteht. So vermeiden wir Fehlentwicklungen und stärken eine ausgewogene soziale Durchmischung.

Wohnungsmarkt stabilisieren und Ortsbilder bewahren

Der Wohnungsmarkt im Landkreis Gifhorn darf nicht weiter überlastet werden. Ziel ist es, den vorhandenen Wohnraum vorrangig für die ansässige Bevölkerung zu sichern und die Aufnahmefähigkeit unserer Städte und Gemeinden realistisch zu berücksichtigen. Gleichzeitig achten wir darauf, dass sich neue Bauprojekte in bestehende Ortsbilder einfügen. Wachstum muss mit Augenmaß erfolgen und den Charakter unserer Städte und Gemeinden bewahren.

Unser Ziel

Unser Ziel ist ein Wohnungsmarkt im Landkreis Gifhorn,

- der bezahlbaren Wohnraum schafft,
- der Familien stärkt,
- der Mehrgenerationen-Wohnen wieder erleichtert,
- und der den Menschen ermöglicht, in ihrer Heimat zu bleiben.

Dafür braucht es: weniger Bürokratie, mehr Bauland und eine Verwaltung, die als verlässlicher Partner an der Seite der Bürger steht.

Schlusswort – Damit unsere Heimat Heimat bleibt

Der Landkreis Gifhorn ist mehr als ein Verwaltungsraum auf der Landkarte. Er ist unsere Heimat. Heimat ist dort, wo Menschen füreinander eintreten, wo Familien Wurzeln schlagen, wo Vereine, Feuerwehren, Handwerk, Landwirtschaft und Mittelstand das Leben tragen und wo aus Nachbarschaft echter Zusammenhalt wird. Genau diese Heimat wollen wir bewahren, stärken und mit Vernunft in die Zukunft führen.

Wir wollen einen Landkreis, in dem Sicherheit, Ordnung und Verlässlichkeit wieder selbstverständlich sind. Einen Landkreis, in dem die Verwaltung den Bürgern dient statt sie aufzuhalten, in dem Leistung anerkannt wird und politische Entscheidungen nachvollziehbar, ehrlich und am Wohl der eigenen Bevölkerung ausgerichtet sind. Einen Landkreis mit starken Kommunen, lebendigen Ortskernen, funktionierender Infrastruktur, guten Schulen, bezahlbarem Wohnraum für Familien und einer Wirtschaft, die Arbeit schafft und Perspektiven bietet.

Dieses Programm steht für eine klare Haltung: Wir setzen Prioritäten dort, wo sie für die Menschen im Alltag spürbar sind. Nicht Ideologie, nicht Symbolpolitik und nicht immer neue Belastungen dürfen den Kurs bestimmen, sondern Vernunft, Verantwortung und die Verbundenheit zu unserer Heimat. Es geht um ein Gifhorn, das seine Identität bewahrt, seine Stärken nutzt und seinen Bürgern wieder das Vertrauen gibt, dass Politik für sie da ist.

Wir treten an für einen Landkreis Gifhorn, in dem man sicher leben, frei arbeiten, bezahlbar wohnen und mit Zuversicht Familie gründen kann. Für einen Landkreis, der nicht verwaltet wird wie ein Problemfall, sondern gestaltet wird – mit Stolz, Augenmaß und klarem Kompass.

Unser Leitbild ist eine starke Heimat: bürgernah, sicher, leistungsfähig und lebenswert. Damit auch morgen noch gilt: Hier bin ich zu Hause.